

wirtschaftlichen und politischen Tendenzen beschreibt und diese den jeweils einschlägigen Stationen seines Autokratiemodells zuordnet. Dadurch entsteht der Eindruck eines fast zwangsläufig vorgegebenen Ablaufs dieses langen Kapitels der mexikanischen Geschichte. Inwieweit das „institutionen-ökonomische Autokratiemodell“ des Autors verallgemeinerungsfähig ist, soll und kann hier nicht erwogen werden; jedenfalls handelt es sich um einen spannenden und in seinem Gedankengang gut nachvollziehbaren Beitrag, der sich für Mexiko-Interessierte wie für „Autokratie-Forscher“ gleichermaßen attraktiv ausnimmt. Insgesamt bleibt festzuhalten: Die bewährte Kombination aus dokumentarischer Faktanaufarbeitung einerseits und der vertiefenden Analyse andererseits hat im Lateinamerika-Jahrbuch 2001 erneut reichhaltige Frucht getragen.

Frank Niemeyer, Hamburg

Sabine Kurtenbach (Hrsg.)

Kolumbien zwischen Gewalteskalation und Friedenssuche

Möglichkeiten und Grenzen der Einflussnahme externer Akteure

Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde, Hamburg, Band 54

Vervuert-Verlag, Frankfurt/Main, 2001, 253 S., € 24,80

Der vorliegende Reader thematisiert einen Konflikt, der – von der Weltöffentlichkeit nur sporadisch bemerkt – als ältester seiner Art in Lateinamerika den Staat Kolumbien seit mehr als einem halben Jahrhundert immer wieder zwingt, praktisch ohne Gewaltmonopol am Abgrund seiner Inneren Souveränität zu manövrieren. Bestandsaufnahme und mögliche Zukunftsperspektiven waren im Sommer 2000 Gegenstand einer interdisziplinär besetzten Fachtagung im Hamburger Institut für Iberoamerika-Kunde. Die Referate dieser Tagung sind hier in überarbeiteter Form zusammengetragen. Dass sie den Diskussionsstand von zwei Jahren vor den letzten Parlaments- (10. März 2002) und Präsidentenwahlen (26. Mai 2002 mit dem 46,8 %-Erdrutsch-Wahlsieg des Ex-Liberalen Álvaro Uribe Vélez) wiedergeben, beeinträchtigt den Informationswert der Lektüre nicht: Es geht um Hintergrundwissen zum Verständnis dessen, was dieses Land noch auf absehbare Zeit wird durchzumachen haben.

Der umsichtig redigierte Band präsentiert sich unter drei Leitaspekten: Ursachen, Struktur wie auch interne Beteiligte – einschließlich der Opfer des Konflikts – werden in den drei Beiträgen des ersten Teils („Dimensionen der Gewalt“) vorgestellt. Der „Friedenssuche“ widmen sich die sechs Beiträge des zweiten Teils, ehe der dritte Teil mit fünf Beiträgen den Blick auf „Externe Akteure“ und ihre gegenwärtige und womöglich auch künftige Rolle lenkt.

Den ersten Teil eröffnet der Beitrag des an der Universität Bogotá und derzeit in Paris lehrenden Ökonomen *Jaime Zuluaga Nieto* „Das kolumbianische Labyrinth: Annäherung an die Dynamik von Krieg und Frieden“. Das mit der „Annäherung“ stimmt: Auf dem verfügbaren Raum war nicht mehr zu leisten als eine grob konturierende Skizzierung des komplexen, meist zulasten der Bevölkerung auf fatale Weise sich auswirkenden Kräfteparallelogramms aus einerseits offiziellen Sicherheitsorganen (Polizei, Streitkräfte) und ihren inoffiziellen paramilitärischen Pendanten (AUC – *Autodefensas Unidas de Colombia*) sowie andererseits der Guerilla mit ihren Hauptakteuren FARC (*Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia*) und ELN (*Ejército de Liberación Nacional*). Im Bemühen um Unbefangtheit will es dem Außenstehenden mitunter schwer fallen, der ungeachtet etlicher Symptome organisierter Kriminalität gängigen „Kriegs“-Rhetorik zu folgen, in welcher sich die Beteiligten eingerichtet haben und der sich augenscheinlich auch manche Beobachter nicht verschließen mögen.

„Aktionsräume von Guerilla und paramilitärischen Organisationen: Regionale und bevölkerungsgeographische Auswirkungen“ überschreibt *Günter Mertins*, Geographie-Professor in Marburg, seinen eindrucksvollen Beitrag über die Konsequenzen regional paralysierter Staatlichkeit: Neben den erschütternden Hintergründen für die zwischen 1985 und 2000 von der Penetration durch Guerilla und Paramilitärs (Stichworte: Vertreibung, Zwangsrekrutierungen, Kindersoldaten, Schutzgelderpressung, Narcoguerilla) mehr als zwei Millionen um ihre Heimat gebrachten „*Desplazados*“ aufschlussreich das eingefügte statistische Material: Beispielsweise gingen von den allein in den ersten sieben Monaten des Jahres 2000 in Kolumbien registrierten insgesamt 155 Angriffen auf Polizeiorgane 10 auf das Konto der AUC, 114 verübten die FARC, 23 die ELN, der Rest entfiel auf kleinere *guerilla*-Organisationen.

Geschichte ist inzwischen das Phänomen „*Farclandia*“, jener der FARC 1998 in ihrer Heimatregion im Süden für die Dauer von „Friedensverhandlungen“ zugestandenem entmilitarisierten Zone von 3,7 % der Landesfläche, mit 42.000 qkm so groß wie die Schweiz. Mit diesem „Staat im Staate“, den die FARC offenkundig keineswegs zur Probe aufs Exempel für eine Umsetzung ihrer offiziellen Ideale von Demokratie und Legitimität zu nutzen bestrebt war, Schluss zu machen, sah noch Präsident Andrés Pastrana Arango sich im März 2002 kurz vor dem Ende seiner Regierungszeit gezwungen.

Clarita Müller-Plantenberg, die an der Gesamthochschule Kassel Soziologie lehrt, schildert in ihrem Beitrag „Destabilisierung der Regionen und gesellschaftliche Gegenstrategien“ die prekäre Lage, in welche insbesondere indigene Völker und Gemeinschaften, von denen es in Kolumbien an die 85 gibt, geraten durch wirtschaftliche Großprojekte wie Holzabbau, Wasserkraftanlagen, Bodenschätze-Prospektion. Von daher in struktureller Opposition zur Regierung, erweisen sie sich im Radius der Gewalt nicht weniger gefährdet durch den namentlich von der *guerilla* favorisierten Drogenanbau und seine Konsequenzen (Flächenverbrauch, illegaler Flugbetrieb, Munitionsfabriken, ökologische Schäden durch staatliche Herbizid-Sprühaktionen). Obwohl staatlicher Beistand, etwa in Form positiver

Gerichtsentscheidungen, in seiner Realisierung an nahe Grenzen zu stoßen pflegt, fehlt es nicht an ermutigenden Gegenbeispielen.

Den zweiten Teil leitet der Augsburger Soziologe *Peter Waldmann* ein, den Lesern dieser Zeitschrift bekannt von seiner Herbert-Krüger-Gedächtnisvorlesung (VRÜ 31 [1998], 427 ff.). Klar faktengestützt spricht er unter dem Thema „Friedensgespräche und Gewaltein-dämmung“ den substaatlichen Konfliktkräften den Willen ab, ihre profitable Symbiose mit den Rauschgiftkartellen gegen ihre ungewisse Macht-Perspektive in einem befriedeten Rechtsstaat einzutauschen. Vor dem Hintergrund chronischer struktureller Autoritäts-unfähigkeit des kolumbianischen Staates nach innen hält der Autor für leidlich gangbar nur die Konsens-Variante in Form unbeirrter und beharrlicher „Friedensgespräche“, auch um den Preis, dass diese trotz demokratischen Legitimitätsvorsprungs der Regierung notge-drungen auf Augenhöhe geführt werden müssen. Immerhin bietet sich hier ein autorität-substituierendes Forum für befriedende Einflüsse namentlich externer Akteure.

In letzterem sieht *Sabine Kurtenbach*, Herausgeberin und als Politologin am Hamburger Institut für Iberoamerika-Kunde Gastgeberin der Tagung, einen von mehreren Unterschie-den zu früheren Friedensprozessen. Deren Impulsen für die Gegenwart spürt sie nach mit ihrer Frage „Kann Kolumbien aus seiner Geschichte lernen? Die aktuelle Bedeutung des Friedensprozesses der Regierung Betancur 1982-1986“. Ihr Fazit, dass Friedensprozesse, die sich durch in den eigenen Reihen nicht durchsetzbare Abmachungen selber überfordern und auf diese Weise scheitern, die Gewaltspirale eher zu beschleunigen drohen als zu bremsen versprechen, könnte mit einem womöglich absehbaren Paradigmenwechsel unter der neuen Regierung Uribe durchaus Besorgnis weckende Aktualität gewinnen.

Die Frankfurter Politologin *Linda Helfrich-Bernal* befasst sich mit „Demokratisierung und Rechtsstaatlichkeit als Mittel der Befriedung – das Beispiel der Guerillaorganisation M-19“. Was hier auf den ersten Blick wie eine Verwechslung von Methode und Resultat anmutet, löst die Autorin auf zu einer kenntnisreichen und im Ergebnis überzeugenden Analyse der M-19-Integration ab 1990 in den politischen Prozess des Landes. Sie illustriert zugleich, wie ernsthafte staatsseitige Reformkompetenz als Nagelprobe fungieren kann für die zivilgesellschaftliche Politikwilligkeit einer waffenführenden Konfliktpartei.

Den Beitrag von *Hans R. Blumenthal*, Leiter der Fundación Friedrich-Ebert de Colombia in Bogotá, „Der Friedensprozess: „Verhandlungen im Kriege“ sollte man im direkten Anschluss an die Einführung von Zuluaga Nieto lesen. Was am Thema nach Clausewitz klingt, liest sich auch im Inhalt so: Wiederholt den Klassiker zitierend, liefert Blumenthal auf der kompletten Folie der beteiligten Akteure eine leidenschaftslos umfassend fundierte Analyse aller wesentlichen – einschließlich historischer – Konflikt-Facetten. Sie mündet mit Blick auf die Friedensprozesse in El Salvador und Guatemala in die eher resignierende Perspektive, dass nicht *uno actu* die multiple Gewalt in Kolumbien zu enden ansteht, viel-mehr das Land an „(...) seinen vielen Plagen, deren zentrale – neben Gewalt – Drogenhandel, Korruption, Straflosigkeit und Ungleichheit sind, (...) noch erheblich länger zu leiden und zu arbeiten“ haben werde.

Pedro E. Valenzuela, Politologe an der kolumbianischen Universidad Javeriana, gibt in seinem von der Herausgeberin souverän übersetzten Beitrag „Bewaffneter Konflikt, Neutralität und Gewaltlosigkeit. Erfahrungen an der Basis“ einen wertvollen Einblick in die bisherige Bilanz von Erfolgen wie Risiken der Bestrebungen im wesentlichen ländlicher indigener Gemeinschaften, strikte Neutralität zu praktizieren, indem sie sich der Kooperation mit bewaffneten Akteuren jedweder Couleur möglichst konsequent verweigern. Vor allem heißt dies, mutig, überwiegend sogar todesverachtend, zwischen den Fronten – die Streitkräfte mitgemeint – zu agieren.

Vice versa die entsprechenden „Berufsrisiken“ von kritischen Journalisten und Wissenschaftlern in den Blick nimmt der Hannoveraner Soziologe *Klaus Meschkat*: „Kolumbien und die Intellektuellen“. Hier öffnet sich eine Perspektive, die angesichts allein zwischen 1980 und 2000 insgesamt 149 ermordeter Journalisten und etlicher Wissenschaftsangehöriger das Maß an Schutz, welches Verfassungen und deren Wirklichkeiten hierzulande in Europa garantieren, eindrucklich als kaum überschätzbar wertvolles Gut zu würdigen nahe legt.

Den Dritten Teil, betreffend die externen Akteure, eröffnet *Georg Boomgarden*, Lateinamerika-Beauftragter im Auswärtigen Amt und schon im Contadora-Prozess an der Vorbereitung der beiden San José-Konferenzen 1984 und 1985 beteiligt, unter dem Thema „Prioritäten der deutschen Außenpolitik und der Konflikt in Kolumbien“. In persönlicher – nicht offizieller – Lageanalyse positioniert er die Bemühungen und die Handlungsmöglichkeiten der Bundesrepublik dort, wo dem Friedenswillen ernsthaft verantwortungsbereiter Kräfte der Zivilgesellschaft unter die Arme zu greifen ist. Ebenfalls aus deutscher Sicht befasst sich der am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik in Bonn tätige Politologe *Christian von Haldenwang* mit den „Möglichkeiten und Grenzen der Einflussnahme durch Entwicklungszusammenarbeit“. Sie werden an den Zielen Stärkung zivilgesellschaftlicher Institutionen und Prozesse unter den wesentlichen Leitaspekten Sicherheit, Integration und Wirtschaftsstimulierung festgemacht

Thomas Fischer, Erlanger Historiker, rückt mit seiner Frage „Durch mehr Krieg zum Frieden? Die USA und der Plan Colombia“ dem Problem einer quasi janusköpfigen Befriedungs-Strategie zu Leibe: Der Ende 1999 von der Regierung Pastrana gemeinsam mit den USA erarbeitete „Plan für den Frieden, die Prosperität und die Stärkung des Staates“ sollte mit insgesamt 7,5 Mrd. US-Dollar an nationalen und internationalen Finanzhilfen (vor allem der USA) das Land einerseits durch institutionelle und soziale Stabilisierung des zivilen Sektors befriedungsfähig machen, andererseits aber auch mit militärischen Mitteln das Drogengeschäft nachhaltig bekämpfen im Interesse der Hauptkonsumentenländer, allen voran der USA. Mit den Regierungswechseln in den USA und in Kolumbien und seit sich die ebenfalls um Mithilfe angegangene EU der Unterstützung dieses Plans wegen seiner militärischen Komponente verweigerte, ist es still geworden um ihn.

Rainer Huhle, Politologe am Nürnberger Dokumentations- und Informationszentrum für Menschenrechte mit dreijähriger praktischer Erfahrung im 1997 eröffneten Verbindungsbüro des UNHCHR in Bogotá, reflektiert in seinem Bericht „Das Kolumbienbüro des UN-

Hochkommissars für Menschenrechte – eine kritische Bilanz“ Erfolge und Rückschläge institutionalisierter praktischer Menschenrechtsarbeit (Beobachtung, Beratung, Bericht-erstattung) in denkbar problematischem Umfeld.

Was wäre ein Kolumbien-Reader ohne einen Beitrag von *Gerhard Drekonja-Kornat*, seit Jahrzehnten ausgewiesener Landeskenner und als Politologe in Wien lehrend. In seinem spannenden, den Band beschließenden Beitrag „Contadora für Kolumbien?“ ruft er in wohlthuend plastischer Sprache die wesentlichen Leitlinien und strukturellen Voraussetzungen der intra-lateinamerikanischen, seinerzeit von Mexiko, Venezuela, Panama und Kolumbien getragenen Contadora-Friedensinitiative für Zentralamerika in den frühen Achtzigern des vergangenen Jahrhunderts in Erinnerung und – winkt im Ergebnis ab: Angesichts der seither regional- wie geopolitisch gründlich veränderten Rahmenbedingungen sei in Lateinamerika derzeit kein Träger für einen solchen individuellen oder kollektiven externen Friedensimpuls verfügbar, zumal den Schlüssel zum Erfolg ohnehin Washington in Händen halte, das sich aber von der fundamentalistischen, auf das Drogen-Thema fixierten Definition seiner regionalen Sicherheitsinteressen nicht werde lösen wollen. Wieweit diese vor dem 11. September 2001 verfasste Analyse gegenwärtig noch dunkler einzufärben wäre, hat die Herausgeberin inzwischen an anderer Stelle beschrieben (Nord-Süd-Aktuell, April 2002, S. 103 ff.).

„Ist der kolumbianische Staat überhaupt noch zu retten?“ fragte am 08. März 2002 *Josef Oehrlein* in der FAZ. Bücher wie das vorliegende können dazu beitragen, diese Frage zu bejahen, gewiss nicht heute und auch nicht übermorgen – irgendwann aber schon.

Karl-Andreas Hernekamp, Hamburg

Krystian Complak (Hrsg.)

Europa Wschodnia – Ameryka Łacińska

Pozycja jednostki i system rządu

Europa del Este – América Latina

Estatuto del individuo y sistema de gobierno

Wydawnictwo Uniwersytetu Wrocławskiego, Wrocław, 2002, 426 S., 35,00 zł

Südamerika und Osteuropa: Einen Dialog ihrer Staatsrechtler herbeizuführen war das Ziel der Professoren *Calogero Pizzolo*, Buenos Aires und *Krystian Compak*, Breslau (Wrocław), als sie das „Erste Verfassungsrechtlertreffen Lateinamerikas und Osteuropas“ organisierten. Diese Konferenz, veranstaltet im September 2001 in Breslau, sollte an frühere polnisch-mexikanische Begegnungen anknüpfen; Anliegen der Organisatoren war jetzt aber, mit dem weiteren Teilnehmerkreis einen wesentlich größeren geographischen Raum zu erfassen. In dem vorliegenden Band, der die Referate der Tagung zusammenführt, finden